

## Antrag

**der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Lisa Badum, Dr. Bettina Hoffmann, Steffi Lemke, Gerhard Zickenheiner, Harald Ebner, Matthias Gastel, Kai Gehring, Stefan Gelbhaar, Britta Haßelmann, Oliver Krischer, Stephan Kühn (Dresden), Christian Kühn (Tübingen), Renate Künast, Dr. Ingrid Nestle, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, Dr. Julia Verlinden, Daniela Wagner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### Atomkraft und Klimaschutz

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011 verlor Atomkraft ihren strahlenden Nimbus. Das nicht mehr zu negierende „Restrisiko“ machte sie grau und hässlich, den Atomlobbyisten gingen die Werbeworte aus. Die Erneuerbaren Energien begannen ihren weltweiten Siegeszug. Die Klimakrise allerdings wurde lange – zu lange – verdrängt. Nun lässt sie sich nicht mehr ignorieren. Der größte Klimakiller Kohle muss so schnell wie möglich abgeschaltet werden. Und Atomlobbyisten wittern Morgenluft.

Im Dezember 2019 haben sich 27 von damals 28 EU-Staaten zum Ziel der Klimaneutralität bis 2050 bekannt. Gleichzeitig ließen aber die Schlussfolgerungen des Rates die Türen weit offen für die Nutzung der Atomkraft, weil eine Koalition östlicher Länder diese Technologie als besten Weg zur Emissionsreduzierung betrachtet. Auch wenn das Versagen der europäischen Atomindustrie bei den heutigen Reaktorprojekten diesen Weg eigentlich verbietet, lassen sich Länder wie Polen, Ungarn und Tschechien von der Atomlobby in die Sackgasse atomarer Stromerzeugung locken. Die Versprechungen unterscheiden dabei nicht zwischen Realisierungsmöglichkeiten, Forschungsprojekten und Zukunftsvisionen. Wie bei jeder Baulinie versprochen, sollen neue Reaktorlinien sicher sein, darüber hinaus flexibel einsetzbar, billig und auch noch das Atommüllproblem lösen. Die versprochenen Eigenschaften sind zum Teil neu, die Argumentationsmuster sind die alten.

Schauen wir uns die Realität an:

- Atomkraft ist längst die teuerste Art der Stromerzeugung geworden. AKW-Neubauten brauchen – wenn sie überhaupt zustande kommen – Strompreise, die weit über denen von Erneuerbaren Energien liegen: Eine Megawattstunde Atomstrom kostet im ungarischen Paks II voraussichtlich 100 Euro, im britischen Hinkley

Point C 119 Euro und im französischen Flamanville bis zu 125 Euro.<sup>1</sup> Dazu kommen die gern ignorierten Folgekosten für Rückbau und Endlagerung. Erneuerbare Energien sind im Vergleich dazu schon heute spottbillig: Die weltweiten gewichteten Durchschnittskosten für eine Megawattstunde Strom aus Photovoltaik und Onshore-Windenergieanlagen lagen 2018 jeweils bei umgerechnet 78 und 52 Euro (Zahlen von IRENA). Die günstigsten Stromgestehungskosten in Deutschland liegen für beide Technologien bei rund 40 Euro pro Megawattstunde.<sup>2</sup> Atomkraft produziert nicht den billigsten, sondern den am Ende teuersten CO<sub>2</sub>-armen Strom.

- Von CO<sub>2</sub>-„Freiheit“ des Atomstroms kann nur reden, wer Uranförderung und Urananreicherung in der Rechnung konsequent ignoriert. Beide Prozessschritte sind äußerst CO<sub>2</sub>-intensiv. In einer CO<sub>2</sub>-Gesamtrechnung, die zusätzlich zur Förderung des Urans und seiner Anreicherung auch die bei Bau und Instandhaltung der Reaktoren sowie Behandlung und Endlagerung der Abfälle entstehenden Emissionen beachtet, kommen Analysen im Mittel auf 66 Kilogramm CO<sub>2</sub>-Äquivalente pro Megawattstunde,<sup>3</sup> womit ein deutlicher Klimanachteil gegenüber Windenergie an Land besteht, mit 10,5 Kilogramm CO<sub>2</sub>-Äquivalenten pro Megawattstunde.<sup>4</sup> Die ökologischen und ethischen Gesichtspunkte des immer umweltschädlichen und meist menschenrechtsverachtenden Uranabbaus kommen noch hinzu.
- Atomkraft ist kein Partner der Erneuerbaren Energien. Atomkraftwerke sind nicht dafür geeignet, ständig auf und ab geregelt zu werden. Das beschleunigt Materialprobleme. Grundlaststrom verstopft die Netze, verursacht Kosten für die Vermeidung von Engpässen und verhindert das intelligente Management der Nachfrage und von dezentralen Erzeugern. Deren Partner sind Speicher und flexible Verbraucher, keine Großkraftwerke. Wer Klimaschutz will, muss raus aus der Kohle und raus aus der Atomkraft. Die Energiewende braucht das Bekenntnis zum neuen System mit Angebotsorientierung und vielfach dezentraler Energieerzeugung. Das Verharren im alten System – egal, ob Atom oder Kohle – blockiert die Energiewende.
- Atomkraft ist den Herausforderungen der Klimaveränderung auch gar nicht gewachsen: Sie erwärmt die Flüsse und muss bei Hitzewellen erheblich gedrosselt werden.
- Schließlich ist Atomkraft eine Technologie der Vergangenheit und nicht der Zukunft – auch wenn VerfechterInnen von neuen Reaktortechniken wie dem Dual Fluid Reaktor (DFR) stets versuchen, das Gegenteil zu beweisen, indem sie sie als saubere, billige und sichere Energiequelle anpreisen. Seit den 60er Jahren wird an diesen bis heute nicht mehr als „Papierreaktoren“ erfolglos geforscht. In Deutschland wurde die Forschung am Kernforschungszentrum Jülich und beim Thorium-Hochtemperaturreaktor Hamm-Uentrop aufgrund unüberwindbarer Probleme eingestellt, ähnlich in anderen Ländern. Sollten diese Reaktoren jemals realisiert

---

<sup>1</sup> Energy Brainpool, Steuerbare erneuerbare Energien als Alternative zur Kernkraft Kostenvergleich für Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn, [www.greenpeace-energy.de/fileadmin/docs/publikationen/Studien/2018-04-20\\_GPE\\_Studie\\_Alternativen-zur-Kernkraft\\_Visegrad\\_Final.pdf](http://www.greenpeace-energy.de/fileadmin/docs/publikationen/Studien/2018-04-20_GPE_Studie_Alternativen-zur-Kernkraft_Visegrad_Final.pdf)

<sup>2</sup> [www.ise.fraunhofer.de/de/presse-und-medien/presseinformationen/2018/studie-zu-stromgestehungskosten-photovoltaik-und-onshore-wind-sind-guenstigste-technologien-in-deutschland.html](http://www.ise.fraunhofer.de/de/presse-und-medien/presseinformationen/2018/studie-zu-stromgestehungskosten-photovoltaik-und-onshore-wind-sind-guenstigste-technologien-in-deutschland.html)

<sup>3</sup> Benjamin K. Sovacool, Valuing the greenhouse gas emissions from nuclear power: A critical survey, [www.nrc.gov/docs/ML1006/ML100601133.pdf](http://www.nrc.gov/docs/ML1006/ML100601133.pdf)

<sup>4</sup> Umweltbundesamt, Emissionsbilanz erneuerbarer Energieträger. Bestimmung der vermiedenen Emissionen im Jahr 2018, [www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-11-07\\_cc-37-2019\\_emissionsbilanz-erneuerbarer-energien\\_2018.pdf](http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-11-07_cc-37-2019_emissionsbilanz-erneuerbarer-energien_2018.pdf)

werden, brauchen sie als ersten Schritt die Wiederaufarbeitung mit all ihren Problemen, die Endlagerfrage ist nicht vollständig erledigt. Hinzu kommt das gravierende Problem der prozessbedingten Erzeugung von waffenfähigem Plutonium. Die Klimakrise hat keine Zeit für jahrzehntelange aussichtslose Forschung und der Staat kann die finanziellen Mittel sinnvoller zum Gelingen der Energiewende aufwenden, anstatt sie in einem Milliardengrab zu versenken.

Deutschland leistet der argumentativen Renaissance der Atomkraft Vorschub, weil das Reißende der eigenen Klimaziele nicht etwa mit eingestandener verfehlter Klimaschutzpolitik begründet wird, sondern gern mit der angeblich so schwierigen Gleichzeitigkeit von Atom- und Kohleausstieg. Die Botschaft an andere Länder: Entscheidet euch zwischen Atomkraft und Kohle. Diese vermeintliche Alternative ist falsch.

Wer den Weg jenseits der Wahl zwischen Pest und Cholera gehen will, muss eine klare Haltung einnehmen. Deutschland hat heute einen Anteil von 40 Prozent Erneuerbaren Energien im Strommix. Das ist noch keine Energiewende, aber ein viel versprechender Anfang. Jetzt gilt es, den Atomlobbyisten die Stirn zu bieten, die aufgebauten Hürden für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien abzuräumen, Speichermöglichkeiten marktfähig zu machen und anderen Ländern zu zeigen, wie Atom- und Kohleausstieg zusammengehen und dabei Wertschöpfung und Arbeitsplätze schaffen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich einer versuchten Renaissance der Atomkraft mit allen zur Verfügung stehenden guten Argumenten entgegenzustellen und mit aller Kraft den europäischen und weltweiten Atomausstieg voranzubringen. Dazu soll auch die EU-Ratspräsidentschaft genutzt werden.

Berlin, den 21. April 2020

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**

